

# Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

**Nr. 55.** Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Plots 4.—, wöchentlich Plots 1.—; Ausland: monatlich Plots 7.—, jährlich Plots 84.—, Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
**Lodz, Betritauer 169**  
Telephon 136-90. Postcheckkonto 63.508  
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.  
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die nebengefaltene Willkürterzeile 15 Groschen, im Text die dreigeftaltene Willkürterzeile 60 Groschen. Stellengefuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Anfündigungen im Text die Druckzeile 1.— Plot; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

**11. Jahrg.**

## Einheitlicher Heerestyp in Europa

Der französische Vorschlag im Hauptauschuh angenommen.

Genf, 23. Februar. Im Hauptauschuh der Abrüstungskonferenz gab Votschafter Madolin nochmals eine eingehende Erklärung über den deutschen Standpunkt und den Charakter des deutschen Vorschlags ab.

Der englische Votschafter Eden beantragte, die Aussprache über den französischen Plan sofort zu eröffnen. Er begreife die deutschen Einwände nicht.

Der italienische General Cavallero verteidigte in einer langen Rede den italienischen Vorschlag, einen Redaktionsauschuh mit der Ausarbeitung eines dem französischen Vorschlag entsprechenden Fragebogens über die Kriegsmaterialfrage zu beauftragen, damit die Konferenz endlich die unerlässliche Entscheidung über das künftige Kriegsmaterial und die schweren Angriffswaffen der einzelnen Mächte treffen könnte.

Paul-Boncour erging sich in langatmigen Wiederholungen des bekannten französischen Standpunktes, aus denen nur hervorgeht, welchen Wert die französische Regierung auf die Geräumung der deutschen Reichswehr legt. Die Konferenz müsse sich entscheiden, ob sie die Vereinheitlichung der Heeresysteme will oder nicht.

Gegen die Stimme Deutschlands wurde der deutsche Antrag einstimmig abgelehnt. Gleichfalls wurde auch der italienische Vorschlag abgelehnt. Der Hauptauschuh nahm dagegen mit 21 Stimmen den französischen Vorschlag an, wonach eine Vereinheitlichung der kontinentaleuropäischen Armeen auf einen Heerestyp mit kurzer Dienstzeit und beschränkten Truppenbeständen zu erfolgen hat. Madolin enthielt sich bei der Abstimmung über den französischen und italienischen Vorschlag der Stimme. Die Abstimmung er-

folgte durch Handaufheben, wobei der Präsident nur die die einzelnen Anträge unterstützenden Stimmen zählen ließ.

Die italienische Abordnung hat unverzüglich nach Schluß der Sitzung an Präsident Henderson die Anträge gestellt, welche Bedeutung der Abstimmung beizumessen sei, da im Hauptauschuh sämtliche 64 Konferenzmächte vertreten sind und dem Ausschuh in der Abstimmung nicht die Gelegenheit gegeben war, die Ablehnung von Anträgen zum Ausdruck zu bringen.

Die nächste Sitzung des Hauptauschuhes ist auf Montag nachmittag einberufen worden.

### Die private Waffenherstellung.

Genf, 23. Februar. Im Ausschuh der Abrüstungskonferenz für die private Waffenherstellung hat sich eine große Mehrheit zusammengefunden, um im Hauptauschuh gegen die von Frankreich beantragte Verstaatlichung der privaten Waffenindustrie einzutreten.

### Wieder Rheinlandzone.

Ernter Zusammenstoß auf der Abrüstungskonferenz.

Genf, 23. Februar. Im engeren Ausschuh der Abrüstungskonferenz kam es zu ersten Meinungsverschiedenheiten, die zu einer fristlosen Vertagung führten. Frankreich, Belgien und Jugoslawien forderten Bestimmungen, die praktisch bedeuten würden, daß deutsche Truppenansammlungen in der entmilitarisierten Rheinlandzone die Locarno-Mächte zu erneutem Vorgehen gegen Deutschland berechtigen.

## Zum Brest-Prozess.

Die Urteilsbegründung — Auslandsurteile.

Das Protokoll des Berufungsverfahrens des Brest-Prozesses ist vom Gerichtsappellanten Myszkorowicz beendet worden. Das Protokoll umfaßt 9 Maschinendruckseiten.

An der Begründung des Urteils arbeitet der Richter Chobecki; sie soll in einigen Wochen fertiggestellt sein.

Vom Tage der Ueberreichung der Urteilsbegründung den Angeklagten bzw. ihren Verteidigern steht ein 7tägiger Termin zur Einreichung der Kassationsklage an das Oberste Gericht zu.

Zu dem Urteil des Appellationsgerichts hat das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale in seiner Züricher Tagung am 18. und 19. Februar in einer Entschließung Stellung genommen, die aus von uns unabhängigen Gründen nicht wörtlich zur Veröffentlichung gelangen kann. Die Sozialistische Arbeiterinternationale kritisiert in scharfen Worten die Art der Prozeßführung und grüßt dann Hermann Lieberman und die anderen Angeklagten, die als „die wahren Träger und Verteidiger der Ehre des polnischen Volkes, die Kämpfer für die Wiederherstellung von Recht und Gesetz in ihrem Lande“ bezeichnet werden.

Die Pariser Presseinformationskorrespondenz „Agence Franco Etrangere“ gab am 15. Februar das Urteil des Appellationsprozesses in der Brest-Angelegenheit mit nachstehenden Bemerkungen zur Kenntnis: „Es nimmt Wunder, daß Bürgern, die sich so verbietet für ihr Vaterland gemacht haben, wie Witos und Lieberman, die Bürgerrechte entzogen wurden... Doch das schmerzliche Drama Brest ist noch nicht bis zu seinem Epilog gekommen... Der weitere Kommentar der französischen Presseagentur läßt sich gleichfalls nicht in einem in Polen erscheinenden Blatte veröffentlichen.“

### Das Budget im Senat.

In der gestrigen Sitzung des Senats wurde zur Einzelberatung des Budgets geschritten. Es wurden der Reihe nach erledigt: das Budget des Staatspräsidenten, des Sejm und Senats, der Staatskontrolle, des Präsidiums des Ministerrats, des Verwaltungstribunals. Das Budget des Kriegsministeriums wurde ebenfalls debattenlos verabschiedet, ebenso das Budget des Ministeriums für soziale Fürsorge.

Die Budgetberatungen des Senats werden heute nachmittag fortgesetzt.

### Zwei neue Vizeminister.

Wie verlautet, soll der gewesene Vizewojewode von Krakau und gegenwärtige Sejmabgeordnete des Regierungsblocks Dr. Kazimierz Duch zum Unterstaatssekretär im Ministerium für soziale Fürsorge ernannt werden, und zwar an Stelle des Unterstaatssekretärs Rozniecki, der aus dem Ministerium für soziale Fürsorge ausscheiden soll. Rozniecki soll daraufhin zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt werden.

### Ein neuer fetter Posten.

Bekanntlich wurde vom Sejm kürzlich beschlossen, einen sogenannten Arbeitsfonds ins Leben zu rufen. An die Spitze dieses Fonds soll der berüchtigte Sozialistenrenegat Moraczewski treten.

### Hungerstreik in Grodno.

Es hungern 180 städtische Angestellte.

In Grodno wird gegenwärtig von den Magistratsangestellten ein verzweifelter Kampf um rückständige Löhne geführt. Die Angestellten, denen seit September das Gehalt noch nicht ausgezahlt wurde, halten den Magistrat besetzt. Nicht für einen Augenblick verlassen sie das Gebäude. Die Emeriten, Hauswächter und Diener human im Verbandslokal. Im allgemeinen hungern 180 Angestellte. Dem Streik haben sich auch die Angestellten der Spitäler angeschlossen. Von heute an soll die Aktion von den Angestellten des Elektrizitätswerks und der Wasserleitung unterstützt werden.

Es herrscht eine fette Einnütigkeit. Die Hunger-

den bewachen einander gegenseitig. Die Entschlossenheit wächst. Die öffentliche Meinung der Stadt ist ganz auf Seiten der Hungernden, obwohl der Stadtpräsident die Einwohner durch unwahre Berichte zu täuschen sucht.

Wie das Lodzer „Echo“ wissen will, wurde der Konflikt gestern beigelegt, da sich die Selbstverwaltung von Grodno verpflichtet habe, alle Rückstände bis zum 15. März auszuzahlen. Die Nachricht hat aber bisher noch keine Bestätigung erfahren.

### Einheitsfront im Bergbau.

Entschlossenes Vorgehen der Gewerkschaften im Lohnkampf.

Am Dienstag fand in Kattowitz eine gemeinsame Sitzung der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Bergarbeiterorganisationen und des Polnischen Zentralverbandes statt. In der Sitzung wurde beschlossen, am kommenden Sonntag einen gemeinsamen Betriebsrätekongress einzuberufen, zu dem auch die Regierungsgewerkschaft eingeladen wird. Damit ist die Einheitsfront der Bergarbeiterorganisationen Ober-Schlesiens hergestellt. In der Sitzung wurden sämtliche Vorbereitungen getroffen, um die bevorstehenden Lohnkämpfe einheitlich und mit Erfolg durchzuführen zu können.

### Streik auf Friedensgrube.

Auf Friedensgrube in Friedenshütte, wo zwei Drittel der Belegschaft zur Entlassung kommen sollen, ist am Dienstag ein sogenannter italienischer Streik ausgebrochen. Die Morgen- und Mittagschicht hat den Grubenhof betreten, verrichtet aber keinerlei Arbeit. Von der Belegschaft wurden Delegationen an die einzelnen Gruben gesandt mit der Aufforderung, sich dem Streik anzuschließen.

### Studentenstreik in Lemberg.

Für gestern war für alle Hochschulen in Lemberg von den Studentenorganisationen der Streik proklamiert worden. Gruppen von Studenten standen vor den Eingängen zu den Hochschulen und ließen niemanden, auch die Professoren nicht, in das Innere. Der Eingang zur Universität in der Marszalkowiastraße wurde mit Bänken verlegt. Die Vorlesungen fanden angesichts dessen nicht statt. Verschiedenenorts ist es zwischen den Anhängern und Gegnern des Streiks zu Zusammenstößen gekommen.

### Kommunistenverhaftungen in Warschau.

Die Warschauer politische Polizei hat in den letzten Tagen eine umfangreiche Aktion gegen die Kommunisten durchgeführt, die sich insbesondere gegen die sogenannte technische Abteilung der Kommunistischen Partei der Westukraine richtet. Es wurden 42 Hausdurchsuchungen durchgeführt. 22 Personen wurden verhaftet, von welchen 12 ins Gefängnis eingeliefert und 10 wieder freigelassen aber unter polizeiliche Kontrolle gestellt wurden. Bei einem der Verhafteten namens Muszynski wurden 5000 Plots und 8000 Dollar, bei einem Kalman Potok 1800 Plots und 300 Dollar gefunden.

### Offiziere der Geldunterwerfung angeklagt

Vor dem Militärgericht in Warschau begann gestern ein Prozeß gegen drei Offiziere des Brückenbataillons in Kazun, die der Geldunterwerfung und dienstlicher Vergehen angeklagt sind. Auf der Angeklagtenbank sitzen der ehemalige Kommandant des Bataillons Oberst Jan Polubinski, der vor einigen Tagen verhaftet wurde, der Quartiermeister des Bataillons Major Wojciech Wierzbowski und der Zahlmeister Oberleutnant Wladyslaw Marzewski. Die Anklageschrift legt dem Obersten Polubinski Nachlässigkeit im Dienste, Annahme von Geldanleihen von den Untergebenen sowie Herauslodung von 40 000 Plots von seiner Braut, Frau Hirczowa, die später Selbstmord beging, zur Last. Dem Major Wierzbowski wird ebenfalls Nachlässigkeit im Dienste und außerdem vorschriftswidrige Aufnahme von Vorschüssen zur Last gelegt. Der Oberleutnant Marzewski dagegen ist der Unterschlagung von 48 000 Plots angeklagt. Der Prozeß dürfte zwei Wochen dauern.

### Die Verschuldung der Landwirtschaft.

Eine neue Statistik des Finanzministeriums gibt die Verschuldung der Landwirtschaft Polens für den Stichtag, den 1. November 1932, insgesamt mit 1621 Millionen Plots an. Davon waren langfristige Schulden 2542 Mill. Plots, kurzfristige 1724 Mill., Rückstände an Steuern und Abgaben 354 Mill. Pl. Die jährliche Zinsenlast, die auf der Landwirtschaft Polens ruht, wird auf rund 500 Mill. Plots geschätzt. Bekanntlich sind die Zinsen für langfristige Verpflichtungen im Laufe des letzten Jahres durch eine Konvertierungsaktion teilweise herabgesetzt worden.









